



EUROPA-PARLAMENTET  
 EUROPÄISCHES PARLAMENT  
 ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ  
 EUROPEAN PARLIAMENT  
 PARLAMENTO EUROPEO  
 PARLEMENT EUROPEEN  
 PARLAMENTO EUROPEO  
 EUROPEES PARLEMENT  
 PARLAMENTO EUROPEU  
 EUROOPAN PARLAMENTTI  
 EUROPA PARLAMENTET

# Europa-Info Mittelrhein

von Ruth Hieronymi MdEP – April 2004



Europabüro Mittelrhein, Marienstr. 8, 53225 Bonn, Tel.: 0228/473001, Fax: 47 74 99, E-Mail: hieronymi@t-online.de  
 Europäisches Parlament Brüssel, Rue Wiertz, ASP 15 E 261, B-1047 Brüssel, Tel.: 00322284 5859, Fax: -9859

## „Hilfe, wir werden genormt!“ Die zwölf beliebtesten Vorurteile über die Europäische Union

von Katja Ridderbusch \*

### 1. „Die Europäische Union ist ein Verwaltungsmonstrum, ein aufgeblähter Beamtensapparat.“

Tatsächlich beschäftigt die Europäische Kommission rund 25 000 Beamte und Angestellte, einschließlich der bei den Vertretungen der Kommission im Ausland tätigen Mitarbeiter. Das sind 1000 weniger als die Stadt München beschäftigt. Und die zählt knapp 1,3 Millionen Einwohner, während die EU 380 Millionen Bürger umfasst. In der EU-Kommission nehmen außerdem rund 80 Prozent der Gesetze ihren Ausgang, die die Mitgliedsstaaten später in nationales Recht umsetzen. Mit der Erweiterung um zehn neue Länder wird die Gemeinschaft ab 1. Mai um 70 Millionen auf 450 Millionen Bürger anwachsen. Die EU-Kommission wird bis 2010 insgesamt 3900 Mitarbeiter einstellen, rund 1000 davon beim Dolmetscher- und Übersetzerdienst.

### 2. „Die EU gibt Unsummen für ihre eigene Verwaltung aus.“

Nur fünf Prozent des EU-Haushaltes, 2003 knapp fünf Milliarden Euro, fließen in die Brüsseler Verwaltung. Mit diesen Geldern werden die Beamten und Angestellten der EU-Kommission bezahlt, ferner die Mitarbeiter des Europäischen Parlaments (die Abgeordneten selbst erhalten ihre Diäten aus den Kassen der Mitgliedsstaaten), das Generalsekretariat des Ministerrates, der Ausschuss der Regionen sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuss. Mit der Erweiterung werden die Verwaltungskosten nur um 18 Prozent steigen und dann noch immer weniger als sechs Prozent des gesamten EU-Budgets betragen.

Die Vielsprachigkeit in Europa, also Dolmetschen und Übersetzen, kostet den EU-Bürger durchschnittlich zwei Euro im Jahr. Die zehn neuen Länder und neun Sprachen werden zu einer Preiserhöhung von etwa 50 Cent pro Bürger und Jahr führen.

### 3. „Das Europäische Parlament ist ein Debattierklub ohne politischen Einfluss.“

Ein Vorurteil, das in die Zeit vor 1979 zurückgeht. Damals war das Straßburger Haus noch eine parlamentarische Versammlung, seine Beschlüsse waren nicht bindend. 1979 wurde die Direktwahl der Abgeordneten eingeführt, der Amsterdamer Vertrag 1997 und der Vertrag von Nizza 2001 erweiterten stetig die Rechte des Parlaments. In 80 Prozent aller Politikbereiche ist das EU-Parlament heute in das europäische Gesetzgebungsverfahren eingebunden, vor allem bei Haushalt, Verkehr, Beschäftigung und Binnenmarkt. In ihm sitzen derzeit 626 Abgeordnete; ab Juli 2004, nach Erweiterung und Europawahl, wird die Zahl auf 732 steigen. Bei den drei Sitzen des Parlaments – Straßburg, Brüssel und Luxemburg – sind knapp 3500 Mitarbeiter beschäftigt. Zum Vergleich: Im Bundestag mit seinen 603 Mitgliedern sind 6300 Mitarbeiter in der Verwaltung, in den Büros der Abgeordneten und der Fraktionen tätig.

Nicht hilfreich für das Image des Parlaments sind die komplizierten Entscheidungsverfahren. „Die Bürger vermuten, dass nichts passiert, weil sie nicht wissen, was passiert.“ So sagt es der CDU-Politiker und Europaparlamentarier Hartmut Nassauer.

### 4. „Das Projekt Europa ist zu teuer.“

In der Tat ist Deutschland der größte Nettozahler in der EU: Im vergangenen Jahr flossen rund fünf Milliarden Euro mehr aus den Berliner in die Brüsseler Kassen, als zurückkamen. Theoretisch kostet Europa den Deutschen durchschnittlich rund 60 Euro im Jahr. Das ist weniger als eine Fahrkarte zweiter Klasse mit dem ICE von Köln nach Brüssel und zurück (76 Euro). Für Frankreich ist die Mitgliedschaft im Klub der goldenen Sterne noch günstiger: Knapp 37 Euro im Jahr zahlt der Franzose durchschnittlich in die Brüsseler Gemeinschaftskasse.

bitte umblättern



## Sündenbock!

Besser als ihr Ruf ist die Europäische Union, wie die Wahrheit zu zwölf Vorurteilen – die nicht von mir, sondern von der renommierten WELT widerlegt werden – beweist. Leider werden solche Vorurteile auch von der deutschen Bundesregierung geschürt, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Die CDU als die deutsche Europapartei begleitet die Aktivitäten der Europäischen Union konstruktiv und – wenn nötig – kritisch, wehrt sich aber dagegen, die EU zum Sündenbock zu machen.

Ihre

R. Hieronymi

**FIT FÜR**



**EUROPA**

\* Brüsseler Korrespondentin der Zeitung „Die Welt“. Dieser Artikel erschien am 11. Feb. 2004 und wird mit freundlicher Genehmigung der Verlagsleitung abgedruckt.

## 5. „Die Erweiterung kostet die Bürger des „alten“ Europa viel Geld – und bringt ihm wenig.“

EU-Parlamentspräsident Pat Cox machte eine Gegenrechnung auf: Die EU-Erweiterung werde die Deutschen „so viel kosten wie ein Kinobesuch mit einem Freund“: 20 Euro pro Kopf und Jahr. Außerdem bieten die neuen Mitgliedsländer bereits jetzt starke wirtschaftliche Anreize. Seit Mitte der neunziger Jahre ist Deutschlands Handel mit den Beitrittskandidaten um 107 Prozent gestiegen.

## 6. „Der EU-Haushalt ist ein Fass ohne Boden, aus dem Milliarden in schwarzen Kanälen verschwinden.“

Der EU-Haushalt ist kleiner, als viele vermuten: 2003 lag er bei 97,5 Milliarden Euro, das sind rund 38 Prozent des Bundeshaushalts im gleichen Jahr – der betrug stattliche 252,5 Milliarden Euro. Der größte Teil der nach Brüssel überwiesenen Gelder fließt zudem in die Mitgliedsländer zurück, etwa als Agrarbeihilfen, die 2003 knapp 46 Prozent des EU-Haushalts ausmachten, oder als Hilfen für strukturschwache Regionen, die 34 Prozent des EU-Budgets betragen. Tatsächlich gibt es immer wieder Fälle von Korruption in Europa, zuletzt beim EU-Statistikamt. Aber welche deutsche öffentliche Verwaltung ist frei von Betrugsskandalen?

## 7. „Die EU pumpt Gelder in Projekte, wo sie häufig ungenutzt versickern.“

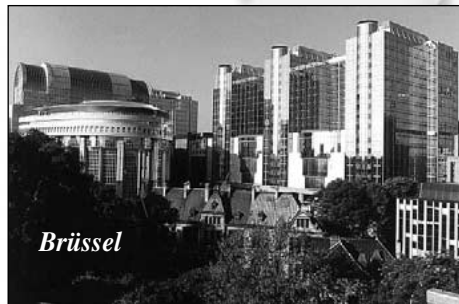
Das stimmt nur zum Teil. Zwar haben sich bis Ende 2003 rund 105 Milliarden Euro von EU-Fördergeldern aus den Vorjahren angestaut, die von den Mitgliedsstaaten nicht abgerufen wurden.

Rund 75 Milliarden Euro davon sind Mittel für strukturschwache Regionen. Brüssel gibt die bereitgestellten Gelder allerdings erst frei, wenn die Kofinanzierung der Projekte durch die Mitgliedsstaaten sichergestellt ist. Ist das nicht der Fall, fließen die nicht abgerufenen Hilfen zurück in die Mitgliedsstaaten. Eine Verfallsfrist soll die EU-Regierungen zudem zum Abruf der Gelder motivieren: Wenn die Mitgliedsstaaten die EU-Mittel nicht innerhalb von drei Jahren in Anspruch nehmen, werden die Fördergelder gestrichen.

## 8. „Die EU finanziert mit ihren Hilfszahlungen den palästinensischen Terrorismus.“

Tatsächlich zahlte die EU zwischen Herbst 2000 und Herbst 2001 monatlich zehn Millionen Euro Pauschalhilfe an die palästinensische Autonomiebehörde (PA). Der Verbleib der Gelder ist nicht im Detail

nachzuprüfen. Mit ihnen sollte die akute Not in den Palästinensergebieten gemildert werden, sollten die Gehälter der Sicherheitskräfte und der Angestellten der PA bezahlt werden, nachdem Israel die Zahlungen aus Zoll- und Steuereinnahmen an die Palästinenser ausgesetzt hatte. Als Israel die Zahlungen wieder aufnahm, stoppte die EU ihre Pauschalhilfe. Eine Untersuchung zum möglichen Missbrauch der EU-Gelder läuft derzeit. Eines aber ist bereits jetzt schon klar: Der Nachweis, dass von den EU-Geldern bestimmte terroristische Aktionen finanziert wurden, wird kaum zu erbringen sein – ebenso wie der Nachweis des Gegenteils.



## 9. „Nur die Mittelmäßigen gehen nach Brüssel – und die, die aus der nationalen Politik abgeschoben werden.“

Das mag für den einen oder anderen nach Europa entsandten Politiker noch immer gelten, für die Verwaltungsbeamten trifft es nicht zu. Denn EU-Beamte sind hoch qualifizierte Spezialisten: Voraussetzung ist die hervorragende Kenntnis mindestens zweier EU-Amtssprachen. Französisch, Englisch oder Deutsch. In Auswahlverfahren, den „Concours“, müssen die Bewerber ein umfassendes Fachwissen über die wirtschaftlichen, politischen und verwaltungsjuristischen Aspekte der Gemeinschaft unter Beweis stellen. Auch wenn das in Brüssel versammelte Wissen bisweilen hinter den schmucklosen Betonfassaden des Europaviertels verborgen bleibt, so liefert die Zahl der Lobbyisten doch den Beweis, dass es Gewicht hat: 13 000 eifrige Netzwerker buhlen in Brüssel um die Gunst von Politikern und Medien. In Berlin sind nur gut 1600 von ihnen im Einsatz.

## 10. „Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Gleichheit: Von der Größe der Äpfel bis zum Krümmungsgrad der Gurke verordnet die EU Einheitsmaße.“

Einige dieser absurd anmutenden Regelungen haben einen ganz praktischen Hintergrund – nämlich Handelsklassen, Sicher-

heitsstandards und Verpackungsnormen. Mit 15, demnächst 25 verschiedenen Größen, Formen, Gewichten und Standards ist der grenzüberschreitende Handel in Europa nur schwer in Gang zu halten.

So ist der vorgeschriebene Krümmungsgrad der europäischen Salatgurke kein Hirngespinnst autistischer Eurokraten, sondern kommt der Industrie entgegen: Bei einheitlicher Krümmung und Größe passen mehr Gurken in eine Standardkiste, die Lieferung kann schneller kontrolliert werden.

## 11. „Die EU attackiert des Deutschen Lieblingsgetränk: Sie will die Biersteuer erhöhen.“

Der Aufschrei vor allem der deutschen Bierlobby im Sommer 2002 erwies sich als grundlos. Zwar gab es in der Kommission Überlegungen, den Mindestsatz für Biersteuer in Europa bis 2007 leicht anzuheben und die Marge für Biersteuern in den Mitgliedsstaaten zu verringern – um den „Biertourismus“ aus Ländern mit niedriger Besteuerung in Hochsteuerländer zu verhindern. In Deutschland entfällt auf ein durchschnittliches starkes Bier eine Steuer von 9,44 Euro pro Hektoliter. In Finnland liegt die Biersteuer um ein 15faches höher. Über das Stadium eines Entwurfs aber kam das Vorhaben von Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein nie hinaus: Da Steuerfragen im Rat der EU-Regierungen einstimmig entschieden werden, fiel der vermeintliche Angriff der Brüsseler Nivellierungsmafia auf Europas Biertrinker aus.

## 12. „Die EU-Kommission will das Gütesiegel „Made in Germany“ durch „Made in EU“ ersetzen.“

Eine Schnapsidee der Brüsseler Bürokratie, schimpften deutsche Politiker, und BDI-Präsident Michael Rogowski verkündete: „Wir sind stolz auf unser Qualitätssiegel.“

Doch alle Aufregung ist verfrüht. Zwar hatte Handelskommissar Pascal Lamy im Dezember mit dem Entwurf eines Arbeitspapiers die Debatte um die Schaffung eines Labels „Made in EU“ angestoßen, das parallel zu den nationalen Kennzeichnungen benutzt werden könne. Er stieß aber auf den Widerstand von 13 der 15 EU-Mitgliedsstaaten.

Auf den globalisierten Märkten der Welt ist ohnehin die Marke und nicht das Herkunftsland ausschlaggebend, sagen Ökonomen. Ob Made in Italy, Germany, Hongkong oder India: Für den Erfolg einer Ware zählt das Logo – und der Preis.